

12865/AB

vom 22.08.2017 zu 13642/J (XXV.GP)

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris BURES
Parlament
1017 Wien

22. August 2017

GZ.BMEIA-AT.90.13.03/0118-IV.2/2017

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dipl.-Ing. Karin Doppelbauer, Kollegin und Kollegen haben am 22. Juni 2017 unter der Zl. 13642/J-NR/2017 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Schutz der EU-Außengrenzen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu Frage 1:

Die von mir im Zuge der Vorbereitungen des österreichischen Vorsitzes der Europäischen Union (EU) 2018 im März lancierte Idee eines EU-Krisenreaktionsteams (EU Crisis Response Team) ist Teil meiner Vorschläge zur Verbesserung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Bei diesem Team sollte es sich um eine ständige professionelle Einheit unter EU-Kommando mit zivilen und militärischen Elementen handeln, die in folgenden drei Bereichen einsetzbar wäre: Krisenmanagement in Drittstaaten, Unterstützung der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) beim Schutz der EU-Außengrenze sowie Unterstützung bei Katastrophen innerhalb der EU auf Ersuchen eines betroffenen Mitgliedstaates. Vorrangiges Ziel wäre dabei eine rasche Einsatzfähigkeit zur Vermeidung von Krisen. Die Finanzierung des Krisenreaktionsteams sollte primär aus bestehenden Finanzmechanismen erfolgen.

Einzelheiten der Organisation und Finanzierung wären im EU-Rahmen zu klären, sobald der Vorschlag konkret aufgegriffen wird. Einen konkreten Zeitplan dafür gibt es noch nicht.

Zu Frage 2:

Österreichs Beiträge zu den operativen Tätigkeiten der Europäischen Agentur für Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) fallen nicht in die Vollziehung des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA).

./2

- 2 -

Zu Frage 3:

Die Schaffung eines EU-Krisenreaktionsteams habe ich gemeinsam mit anderen Vorschlägen zur Verbesserung der GSVP im Rahmen der Sitzungen des Rates Außenbeziehungen wiederholt angeregt.

Die Reaktionen auf meine Vorschläge zur Verbesserung der GSVP waren insgesamt sehr positiv. Angesichts der verschlechterten Sicherheitslage in der EU-Nachbarschaft und vielfältigen Herausforderungen besteht Einigkeit in der EU, dass eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Sicherheit und Verteidigung notwendig ist.

Sebastian Kurz

